



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SP/K/244 - 21.10.1955

Hinweise

auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Zehn Jahre DGB	S. 1
Neue Situation in den Vereinten Nationen	S. 3
Zur Bildung des Verteidigungsrates	S. 5
Der Krankenkassentag in Hannover	S. 6

Ein Kampf um Unabhängigkeit

R.D. Unter den Faktoren, die das Gesicht und den Inhalt der westdeutschen Demokratie in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg maßgebend geformt haben, ist der Deutsche Gewerkschaftsbund an erster Stelle zu nennen. Er feiert in diesen Tagen den zehnten Jahrestag des Wiederauflebens freier, vom Staat unabhängiger Gewerkschaften.

Die wiedererstandene Gewerkschaftsbewegung wollte von allem Anfang an nicht eine bloße Fortsetzung der Gewerkschaften von vor 1933 sein; Die damaligen Erfahrungen warnten vor neuen Richtungs- und reinen Fachgewerkschaften; man strebte nach der Einheitsgewerkschaft, die frei von jedem äußeren Einfluss und nach dem Industrieverbandsprinzip organisiert sein sollten. Die Einheitlichkeit und Unabhängigkeit einer, wie von der Gründung an zu erwartenden, machtvollen Organisation der Schaffenden, ist in den ganzen Jahren umkämpft gewesen. Von allen Seiten ist versucht worden, diese Macht für aussergewerkschaftliche Ziele einzusetzen. Es ist das Verdienst des DGB, allen solchen Versuchen gegenüber standhaft geblieben zu sein. Nur dort warf er sein ganzes Gewicht in die Waagschale, wo die Interessen der Mitgliedschaft und rein gewerkschaftspolitische Ziele zu vertreten waren.

Natürlicherweise liefen diese Interessen und Ziele häufig genug mit Bestrebungen anderer Organisationen - auch wenn diese anderen Motiven entsprangen - parallel. Trotzdem kann niemand dem DGB zum Vorwurf machen, seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit in diesen Jahren nicht unter allen Umständen gewahrt zu haben.

Schon bei der Gründung suchten die Besatzungsmächte die Ziele der

Gewerkschaften nach ihren eigenen politischen Absichten zu orientieren. Soweit es sich um die Errichtung einer demokratischen Ordnung im Nachkriegsdeutschland, um Sicherungen vor einem Wiederaufleben des Nationalismus und der wirtschaftlichen und politischen Monopole handelte, konnten die Gewerkschaften ein Stück Weges mit ihnen gemeinsam gehen. Aber schon um die Erhaltung des deutschen Wirtschaftspotentials, anlässlich der Demontagen, und die Erhaltung des wirtschaftlichen Verbundes in der Montanindustrie (Entflechtung) haben die Gewerkschaften mit der Besatzung in harten Auseinandersetzungen gestanden. Hier haben sie zum ersten Male ihre Unabhängigkeit zu beweisen gehabt.

Man kann diese Tatsache nicht erwähnen, ohne der starken Persönlichkeit Hans Böcklers zu gedenken, der wie ein Bollwerk nach außen und ruhender Pol innen zuerst den Gewerkschaften der Britischen Zone und später dem DGB als erster Vorsitzender im Bundesgebiet und Berlin einen festen Halt gab. In seinem persönlichen Lebensziel: dem deutschen Arbeitnehmer einen neuen Standort in Staat und Gesellschaft, die wirtschaftliche Gleichberechtigung durch Mitbestimmung zu erkämpfen, orientierte sich die stärkste Aktivität des DGB in der Nachkriegszeit. Dieses Ziel einte alle Gewerkschafter und war zugleich das wirksamste Argument gegen den erneuten aus politisch-katholischen Kreisen vorgebrachten Versuch einer Gewerkschaftsspaltung in konfessionell-politische Richtungen.

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, die Fachgewerkschaften wieder aufleben zu lassen. Mit Ausnahme der DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft) ist es keiner dieser Neugründungen gelungen, eine übergeordnete Bedeutung zu erlangen. Fast pausenlos ist jedoch der DGB den Angriffen des militanten politischen Klerikalismus ausgesetzt gewesen. Diese Angriffe werden noch heute verstärkt fortgesetzt. Sie haben den Sinn, die Gewerkschaften der Regierungspolitik und dem politischen Katholizismus gefügig zu machen. Vom Gewissensdruck auf Katholiken bis zur Drohung mit einem Gewerkschaftsgesetz, sind in diesem Kampf alle Register gezogen worden. Aber auch hier ist der DGB standhaft geblieben.

Diese innere Festigkeit, die allen äußeren Angriffen trotz, gleichgültig ob sie von Konfessionen, Parteien, Behörden oder Organisationen vorgebracht werden, findet ihre simple Erklärung in dem demokratischen Aufbau der Gewerkschaften, die die Leitung zwingt, alle tagespolitischen Entscheidungen an den Beschlüssen des höchsten Gewerkschaftsgremiums, des Gewerkschaftskongresses, zu überprüfen. Das macht die Organisation zwar in manchen Situationen schwerfällig, sichert sie zugleich aber davor ab, opportunistisch den täglich neu gegebenen Gruppenforderungen zu entsprechen. Politische Forderungen finden im DGB nur dann eine Stütze, wenn sie in der allgemeinen gewerkschaftlichen Zielsetzung und zugleich in den Beschlüssen des Kongresses ihre Begründung finden.

Das Ziel aller gewerkschaftlichen Aktionen ist schlicht formuliert: die sozial und wirtschaftlich fundierte, gleichberechtigte Stellung der Arbeitnehmer in einer freiheitlich, politisch-demokratischen Ordnung. Das wird das Ziel der Gewerkschaften auch in Zukunft sein, die Ursache ihrer Aktivität. Dafür werden sie sich weiter die politische und konfessionelle, aber auch die Unabhängigkeit vom Staat erhalten.

21.10.1955

Im Zeichen von Genfer Geist und Blockbildung

Dr.R. Seit vier Wochen tagt die Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. Diese Zeitsparne erlaubt schon die Feststellung, dass sich die diesjährige Session von ihren Vorgängerinnen in wesentlichen Punkten unterscheidet. Die Großmächte setzen das freundliche Lächeln auf, das sie seit Genf zur Schau tragen. Sie verkehren korrekter miteinander. Man hält mit groben Angriffen und Vorwürfen zurück. Man steht sichtbar auf dem Standpunkt, die Austragung der Gegensätze auf die Außenministerkonferenz zu verschieben.

Da die Großen ihre Streitigkeiten vorläufig haben einfrieren lassen, stand eine etwas langweilige UNO-Tagung in Aussicht. Doch hat die sich deutlich abzeichnende Blockbildung der afrikanisch-asiatischen Staaten, teilweise unterstützt vom lateinamerikanischen Block, Leben in den Glaspalast gebracht. Die afrikanisch-asiatischen Nationen repräsentieren 1,3 Milliarden Menschen, eine erdrückende Menschenmasse, geeinigt in dem Gefühl, bisher die "Erniedrigten und Beleidigten" in der Welt gewesen zu sein. Dieser Block hat den Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit auf seine Fahne geschrieben. Es bedurfte nur des organisatorischen Beginnens, um gemeinsam zu operieren. Keine Plattform bot sich als geeigneteres Übungsfeld an als die Vereinten Nationen.

Automatische Mehrheiten für die Durchsetzung westlicher Vorschläge gehören offensichtlich der Vergangenheit an. Man bedauert das dort, wo die Vereinten Nationen als sicher funktionierendes Instrument der Großen des Westens galten. Man folgert daraus eine Abwertung der UNO. Das wäre das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Natürlich kommt es jetzt auf echte Auseinandersetzungen und Argumentationen an. Diese würden sowieso kommen, wenn erst alle Nationen, die bisher vor dem Tor der Vereinten Nationen auf Einlass warten müssen, zugelassen sind. Auf die Dauer lässt sich das doch nicht verhindern, so sehr auch bisher die Großmächte bemüht waren, die Aufnahme neuer Mitglieder zu einer Art Handel unter sich zu machen nach dem Motto: Zwei von meinen Freunden und zwei von deinen Freunden. Da die Völkerversammlung jedoch niemals als Weltaufsichtsrat von Interessenten gedacht war, muß der

Tag kommen, an dem kein Staat mehr draussen stehen bleiben muß. Dann werden sich die Mehrheitsverhältnisse sowieso neu ordnen. Aber auch dann wird mit dem Block der Asiaten und Afrikaner weiter zu rechnen sein.

Weil sich die Großmächte mit Glacéhandschuhen anfassen, hatten die Kleinen umsomehr Gelegenheit, zum Zuge zu kommen. Die demonstrative Abreise der französischen Delegation, die allerdings ihren Vertreter im Sicherheitsrat zurückgelassen hat, wurde vom holländischen Delegierten nicht nachgeahmt. Bei ihm und seinem Lande siegte die höhere politische Einsicht über die gekränkte Leberwurst. Doch stellt die Aktivität des Bandunger Blocks auch völlig Unbeteiligte vor neue Probleme. So werden die USA zwischen Bündnistreue und politischer Grundanschauung hin und her gerissen. Die eigene Geschichte zwingt sie, koloniale Völker in ihrem Kampf gegen die Kolonialherrschaft zu unterstützen. Der Atlantikpakt dagegen legt ihnen die Verpflichtung auf, den Paktpartner zu unterstützen. Das führt zu einer Zwiespältigkeit, die peinlich ist. Nicht nur die Achtung vor der eigenen Staatswerdung steht auf dem Spiel, sondern auch die Achtung der asiatischen und afrikanischen Völker, auf die die amerikanische Weltmacht nicht verzichten kann, wenn sie sich ihres weltweiten Einflusses nicht begeben will.

Die koexistentielle Melodie hat sich auch darin ausgewirkt, dass die Abrüstungskommission der UNO für richtiger hielt, sich zu vertagen und ihren schwierigen Arbeitskomplex den Außenministern in Genf zu überlassen. Es ist nicht ohne Ironie, dass die Kommission damit der Weltöffentlichkeit zu verstehen gab, dass es Sache der Großen sei, die Suppe mit den scharfen Ingredienzen, die sie selbst anrührten, nun auch auszulöffeln. Auch sonst bemühte man sich in New York, die Dinge in der Schwebe zu halten. Damit fehlte zwar der UNC-Beitrag zur Entspannung. Der Völkerbund II unterließ es auf diese Weise aber auch, neue Spannungsmomente von sich aus zu schaffen.

Müchterne Beurteilung kommt allerdings um die Feststellung nicht herum, dass der seit Lenins Zeiten als Sachwalter der farbigen Völker auftretende sowjetische Protektor ohne Auftrag mit Behagen die Ereignisse in der UNO betrachten muß. In gleicher Maße, wie das amerikanische Dilemma wächst, sobald der Bandunger Block Dauereinrichtung wird, erwächst der antiimperialistischen Politik der Sowjets eine fühlbare Unterstützung.

Strauß baut seine Position aus

sp - Es war bezeichnend, dass ausgerechnet der Bundesminister für Atomfragen, Franz Josef Strauß, am Donnerstag für Freitag die Bildung des Verteidigungsrates durch die Bundesregierung ankündigte. Der Vorgang unterstrich noch einmal das Interesse des Ministers Strauß, unter allen Umständen in zentraler Funktion bestimmenden Einfluss auf Organisation und Führung des künftigen Verteidigungswesens in der Bundesrepublik zu erhalten. Das Ressort für Atomfragen genügt ihm offensichtlich nicht.

Der Verteidigungsrat, mit dessen Bildung man wohl bis zur Verabschiedung des allgemeinen Organisationsgesetzes hätte warten können, ist ein Kabinettsausschuss, der die mannigfachen, in die verschiedensten Fachgebiete und Ressorts hineinreichenden Aufgaben der Landesverteidigung zu koordinieren hat. Die Einrichtung einer solchen Stelle hat sich z.B. in den USA in der Gestalt des National Security Council und auch in anderen Ländern bewährt.

Nach der gegenwärtigen Konstruktion des Verteidigungsrates führt der Vorsitz der Kanzler, Stellvertreter sind Vizekanzler Brücher und Bundesminister Strauß. Von der Sache her wäre es notwendig gewesen, dass der Verteidigungsminister selbst mindestens einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden geworden wäre. Die Beauftragung von Strauß ist alles andere als überzeugend und drängt geradezu den Schluss auf, dass für diesen Schritt funktionsfremde, genauer gesagt koalitionspolitische Gesichtspunkte bestimmend gewesen sind, mit dem Zweck, sich vor dem Drängen dieses rastlosen Mannes und seiner bayrischen Freunde für eine Zeit etwas Ruhe zu schaffen.

Da anzunehmen ist, dass der Kanzler wie der Vizekanzler bei ihrer eigenen Überlastung die praktische Arbeit in der Leitung des Verteidigungsrates weitgehend ihrem Kollegen Strauß überlassen werden, dieser aber als stellvertretender Vorsitzender direkte Weisungsbefugnis z.B. an das mit Sicherheit zu erwartende Sekretariat des Verteidigungsbeirates haben wird, dürfte sein Einfluss immer größer werden. Hier wird offensichtlich eine auf der doppelten Funktion eines Ministers für Atomfragen und des eigentlichen Leiters des Verteidigungsrates basierende Gegenposition gegen die Stellung des Bundesverteidigungsministers zu errichten versucht, die mit der notwendigen parlamentarisch-politischen Kontrolle des entstehenden militärischen Apparates nichts zu tun hat.

Eine solche Entwicklung müsste aber der Sache, d.h. den zweckmäßigsten Aufbau der kommenden bundesrepublikanischen Streitkräfte, nur schaden. Man sollte sich angesichts der hier zutage tretenden Tendenz genau überlegen, ob es nicht das beste wäre, auch den Verteidigungsrat im kommenden Organisationsstatut gesetzlich zu verankern, um jeden Missbrauch dieser hochbedeutsamen Institution aus unsächlichen Motiven und zu unsächlichen Zwecken vorzubeugen.

Krankenkassentag überlegt Sozialreform

"Der deutsche Krankenkassentag", die alle zwei Jahre zusammentretende Versammlung des Verbandes der Ortskrankenkassenverbände (VOV) ist der Teilnehmerzahl nach die weitaus größte Veranstaltung im Bereich der gesamten Sozialversicherung. Seine Verhandlungen werden daher stets aufmerksam verfolgt.

Dr. W.A. Die Beratungen des Krankenkassentages 1955, der am 17. und 18. Oktober in Hannover zusammentrat, fanden besondere Beachtung, denn sie standen im Zeichen der vielberedeten Sozialreform. Gedanken über die Neuordnung der sozialen Leistungen wurden von Vortragenden und Diskussionsrednern nicht ohne Leidenschaft vorgetragen. Ein Gegenwartsthema aber entfesselte immer wieder Proteststürme der Entrüstung: die noch immer nicht gelöste Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner (KVdR).

Die Finanzierung dieser Krankenhilfe für die Rentner ist seit 1941 Aufgabe der Rentenversicherung, die den Krankenkassen für die Durchführung einen jetzt vom Bundesarbeitsminister festzusetzenden Pauschbetrag zu zahlen habe. Der noch immer geltende Pauschsatz ist so niedrig, dass bei den Krankenkassen ein Gesamtdéfizit von 1/4 Milliarde entstanden ist. Dadurch wurden manche Kassen "zu einer unberechtigten Drosselung der Leistungen für Rentner", andere Kassen zu einer allgemeinen Einschränkung der Mehrleistungen, insbesondere für Familienmitglieder gezwungen.

Heuss kritisiert Bonn

Dr. Berckhoff, der stellv. Vorsitzende der VOV, ermahnte an die wiederholten unerfüllten Zusagen des Bundes, beschleunigt für eine befriedigende Regelung zu sorgen. Auch Bundespräsident Heuss drängte in seinem Grußwort auf eine "ausgewogene Regelung der Krankenbetreuung im Bereich der alten Sozialrentner". Heuss hat beobachtet, dass Krankenkassen Zuschüsse für Rüttererhaltung kürzen mussten, weil Bonn bisher keine befriedigende Regelung der KVdR zustandebrachte.

Den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur KVdR lehnten die Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber in entscheidenden Teilen einmütig ab. Wie vorher der Bundesrat und dann Ende September der Ärztag, forderte der Krankenkassentag, dass die KVdR eine Leistung der Rentenversicherung bleiben müsse. Durch seinen Vorsitzenden Hartmann lehnte er eine Krankenscheinegebühr ab, da sie "das rechtzeitige und unbehinderte Aufsuchen des Arztes" erschwert. Krankenhausbehandlung und Krankengeld sollten unbefristet gewährt werden. Als Sprecher des DGB begrüßte Lipinski den Antrag der SPD, der Arbeitern durch Gesetz 6 Wochen Lohnfortzahlung bei Krankheit sichern will. Für die Arbeitgeber lehnte Direktor Schramm diesen Gesetzentwurf scharf ab und kritisierte die "übertriebenen humanitären Vorstellungen", die teilweise zu tariflicher Sicherung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall geführt hätten.

Verbandsvorsitzender Hartmann wandte sich gegen Vorschläge des

21.10.1955

von Adenauer angeforderten "Professorengutachtens", die vorsehen: in der sozialen Krankenversicherung wie in der auf Gewinn zielenden privaten Krankenversicherung je nach Beitragszahlung unterschiedliche Krankenhilfe zu gewähren. "Wir halten es für unumgänglich notwendig, dass jeder Krankheitsfall mit allen geeigneten medizinischen Mitteln und ohne Rücksicht auf die finanzielle Leistungskraft des Kranken behandelt wird."

Bedürftigkeitsprüfung wird abgelehnt

Hartmann entwickelte erste Vorschläge der VOV für eine Sozialleistungsreform. Jede Bedürftigkeitsprüfung in der Sozialversicherung wurde energisch abgelehnt. Ein weiterer Personenkreis von Selbständigen sollte das Recht der Selbstversicherung in der Krankenversicherung erhalten. Das Recht auf Weiterversicherung in der Krankenversicherung wurde bejaht. "Krankheitsverhütungsvorschriften" sollten verabschiedet werden. Jedem Zweig der Sozialversicherung sollten "die Einrichtungen der übrigen Zweige zur Verfügung stehen". Hartmann überlegte, ob Steuerzuschüsse zur Krankenversicherung Bedarfsprüfungen nach sich ziehen würden. In seinen wohlüberlegten Randbemerkungen über "Krankenversicherung und Sozialreform" wies MinDir. Dr. Jantz, der Generalsekretär des Ministerausschusses für die Sozialreform, eine derartige Auffassung des Finanzministers zurück und forderte zur Befreiung von "gewissen Denkschablonen" auf. Gesetzgeberische Maßnahmen zur Vorbeugung und Wiederherstellung sollten "allerschnellstens gestaltet werden".

Strakeljahn, der Hauptgeschäftsführer der VOV, sprach eingehend über die Auswirkungen des Kassenarztrechts. Er forderte eine angemessene Vergütung ärztlicher Leistungen. Dabei sollte und müste die Gesamtsumme aller Vergütungen, die der Arzt aus seiner Behandlungstätigkeit bezieht, so hoch sein, dass der Arzt in seiner wirtschaftlichen Lage und in seiner sozialen Stellung hinter keinem vergleichbaren Akademiker zurückbleibt. Die Pflegesätze sollten mit den Krankenhäusern frei vereinbart und nicht von Preisbehörden diktiert werden. Für die Gegenwart wurde ein Pflegesatz-Stop verlangt. Dr. Ladeburg brachte in seinem Vortrag über Rehabilitation einen umfassenden Überblick und interessante Einzelangaben. So habe man für die Rehabilitation von 8000 Menschen in den USA 4 Mio Dollar aufgewandt, damit einen jährlichen Unterstützungsaufwand von über 5 Mio erspart und dem Staat jährlich 1 Mio Einkommensteuer gesichert.

Viel besprochen wurde, dass Min. Storch auch an diesem 5. Krankenkassentag seit seinem Amtsantritt nicht teilnehmen konnte.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau